

YOUNG ACADEMICS

Betriebswirtschafts
lehre
5

Julian Walter Maurer

E-Government im Bankwesen

Die Bedeutung der Digitalisierung
öffentlicher Verwaltungsangebote
für deutsche Kreditinstitute

YOUNG ACADEMICS

Betriebswirtschaftslehre | 5

Julian Walter Maurer

E-Government im Bankwesen

**Die Bedeutung der Digitalisierung öffentlicher
Verwaltungsangebote für deutsche Kreditinstitute**

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Ronald Busse

Tectum Verlag

Julian Walter Maurer

E-Government im Bankwesen

Die Bedeutung der Digitalisierung öffentlicher Verwaltungsangebote für deutsche Kreditinstitute

Young Academics: Betriebswirtschaftslehre; Bd. 5

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023

ePDF 978-3-8288-5111-5

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN 978-3-8288-4971-6
im Tectum Verlag erschienen.)

ISSN 2940-0805

Gesamtverantwortung für Herstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Geleitwort

Digitalisierung und Digitale Transformation sind zwei ganz wesentliche Faktoren, die aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken sind. Während der allgemeinen Bevölkerung vielleicht erst durch die Auswirkungen der Pandemie bewusst wurde, welche Relevanz innovativen digitalen Lösungen zukommt und welche Probleme aus unterlassenen Digitalisierungsbemühungen – sei es im beruflichen oder privaten Umfeld – resultieren können, sind große Bereiche der Wirtschaft bereits seit einigen Jahren ganz oder teilweise digitalisiert.

Ein Sorgenkind in Sachen Digitalisierungserfolgen stellt jedoch leider in Deutschland noch immer die öffentliche Verwaltung dar, welche seit Jahren weit unter ihren Möglichkeiten bleibt. In einigen Bundesländern wurden teils innovative Initiativen ergriffen, doch bis zuletzt führten die Entwicklungen vor allem zu einem föderalen Flickenteppich und auf Bundesebene nicht zuletzt zu einem Verpassen der selbstgesteckten Ziele aus dem Onlinezugangsgesetz. Ein besorgniserregender Zustand, bedenkt man doch, dass andere EU-Mitgliedstaaten und auch eine Vielzahl außereuropäische Länder im internationalen Digitalisierungswettbewerb an Deutschland vorbeiziehen. Der Frage, was passiert, wenn eine in Teilen hochdigitalisierte Branche wie die Finanzbranche, insbesondere die Bankenbranche, auf eine schwächelnde digitale öffentliche Verwaltung trifft, geht Julian Walter Maurer im Rahmen der vorliegenden Arbeit auf den Grund. Hierzu legt er zunächst notwendige fachliche Grundlagen und führt in die wesentlichen bereichsübergreifenden Aspekte ein. Er beantwortet unter anderem, wo sich das Bankgewerbe in Deutschland aktuell in Sachen Digitalisierung befindet. Was ist unter den Reformauf-

gaben Digitalisierung und digitaler Transformation im Verwaltungskontext zu verstehen? Was ist überhaupt E-Government? Welche Bedeutung haben dabei Verwaltungs- und Rechtspflegekontakte insbesondere für Banken? Hierbei kombiniert der Verfasser klassische betriebswirtschaftliche Problembereiche aus dem Umfeld der betrieblichen Standortlehre und der Bankbetriebswirtschaft mit weiterführenden und grundlegenden verwaltungs- und rechtswissenschaftlichen Aspekten, ohne welche Fragestellungen aus dem höchst interdisziplinären Spektrum E-Government wohl nicht sinnvoll zu beantworten wären. In diesem Zusammenhang stellt Julian Walter Maurer auch auf ein durch das Heckmann'sche Reformverständnis der sog. Passauer Definition geprägtes E-Government-Verständnis ab, welches sich in der Rechts- und Verwaltungswissenschaft bereits seit knapp zwei Jahrzehnten als wohl herrschende Ansicht etabliert hat und überträgt dieses nun auch in die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion. Ein Verständnis, welches in E-Government richtigerweise und aktueller denn je eben mehr als nur eine technisierte – elektronische – Verwaltung sieht, nämlich vielmehr einen Bestandteil einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung eines interaktiven, service- und bürgerorientierten Dienstleistungsstaates. Der Verfasser schlägt somit gewissermaßen eine interdisziplinäre Brücke, welche auch künftig der wirtschaftswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Herausforderungen rund um die Thematik E-Government ihren Dienst erweisen dürfte.

Der Autor belässt es jedoch nicht bei bloßen grundlegenden Ausführungen, thematischen Einordnungen und Standortbestimmungen. Im empirischen Teil seines Werkes beschreibt Julian Walter Maurer die interessanten Forschungsergebnisse, welche er im Rahmen einer umfangreichen Studie in Hinblick auf die E-Government-Affinität und die Bedeutung des Faktors E-Government aus Sicht deutscher Kreditinstitute generieren konnte. Er geht in diesem Zusammenhang konkret der Frage nach, welchen Einfluss das Vorhandensein von E-Government-Angeboten auf die Standortattraktivität aus Sicht deutscher Banken haben könnte und welche E-Government-Leistungen diese als besonders bedeutsam einstufen. Hierbei untersucht er explizit eine ausgewogene Auswahl dreier Verwaltungs- und Rechtspflegekontakte, von welchen auszugehen war, dass Banken mit diesen tendenziell vermehrt Berührungspunkte haben dürften.

Im Anschluss an die Auswertung und die Zusammenfassung der empirischen Befunde stellt der Verfasser seine Forschungsergebnisse übersichtlich in Thesen dar, bevor konkrete Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltungspraxis abgeleitet werden. Abschließend appelliert er an Verantwortungsträger in Politik und Verwaltung, ihre Digitalisierungsbemühungen auszuweiten und schneller und zielorientierter voranzutreiben. Richtigerweise wird in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, dass Standortentscheidungen künftig immer komplexer würden und Bund und Länder insbesondere im internationalen Wettbewerb um innovative Banken und auch FinTechs wettbewerbsfähig bleiben müssen. Wenn auch kleinere und regionalgebundene Banken dem Faktor E-Government kein derart großes Gewicht beimessen, als dass sie ihren Standort gar verlegen würden, weist der Verfasser doch darauf hin, dass die zumindest abstrakte Gefahr besteht, dass die Standortfrage bei innovativen und internationalen Gründungsvorhaben künftig nicht mehr „*München, Frankfurt oder Berlin?*“ sondern vielmehr „*Valletta, Tallin oder Luxemburg?*“ lauten könnte.

Prof. Dr. Ronald Busse

Abstract

Die Digitalisierung schreitet in sämtlichen Lebensbereichen rasant voran, auch in Wirtschaftsunternehmen wie Banken. Während die Wirtschaft bereits weitgehend digitalisiert ist, verläuft die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung nur langsam. Medienbrüche zwischen Unternehmen und Verwaltung verhindern eine durchgängige Digitalisierung. Bisher wurde in der Wissenschaft die Bedeutung der Banken und ihre spezifischen Anforderungen in diesem Kontext vernachlässigt, weshalb der Schließung dieser Forschungslücke eine entsprechende **Relevanz** zukommt. Das **Ziel** dieser Arbeit besteht darin, die Ausgangssituation des deutschen Bankgewerbes und der E-Government-Landschaft darzustellen. Es wird untersucht, welchen Einfluss E-Government-Angebote auf die Standortattraktivität für deutsche Banken haben und welche E-Government-Leistungen für sie besonders wichtig sind. In Hinblick auf die **Methodik** wurde für die Arbeit wurde ein gemischter methodischer Ansatz gewählt. Nach einer umfangreichen Darstellung des Forschungsstands und der theoretischen Grundlagen erfolgte eine quantitative Untersuchung mittels eines Fragebogenverfahrens. Die Ergebnisse zeigen, dass deutsche Banken grundsätzlich offen für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und E-Government sind. Es konnten jedoch Unterschiede je nach Größe und Etabliertheit der Institute aufgezeigt werden. Besonders wichtig für die Banken sind digitale Registerzugriffe. Möglichkeiten zur Online-Gründung von Gesellschaften und zur Online-Beurkundung werden ebenfalls positiv bewertet, jedoch geringer als die digitalen Registerzugriffe. Einige **Limitationen** sind zu beachten, wie die Fokussierung auf die Situation in Deutschland ohne Vergleich zu ande-

ren Ländern. Zudem waren die Antwortmöglichkeiten der Bankvertreter eingeschränkt. Der konkrete Stand der Digitalisierung der Bundesbankangebote wurde nicht behandelt, um den Schwerpunkt nicht zu sehr auf die juristische Perspektive zu legen. Abschließend werden **Handlungsempfehlungen** für Politik und Verwaltungspraxis gegeben, um eine schnellere und zielgerichtete Umsetzung zu fördern. Es werden auch mögliche **Anschlussfragen** und Hypothesen für weitere Untersuchungen zur Rolle der Deutschen Bundesbank bei der Verwaltungsdigitalisierung und den E-Government-Leistungen im Bankwesen im Ländervergleich aufgeworfen.

Schlüsselwörter: E-Government, E-Justice, Digitale Transformation, Bankwesen, Kreditinstitute, Deutschland, Verwaltungsdigitalisierung, Standortfaktoren

Inhalt

Geleitwort	V
Abstract	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Abbildungsverzeichnis	XV
Tabellenverzeichnis	XVII
1 Einleitung	XIX
1.1 Problemstellung	XIX
1.2 Forschungsfragen	1
1.3 Methodik	2
1.4 Aufbau der Arbeit	2
2 Ausgangssituation	5
2.1 Standortbestimmung des Bankgewerbes in Deutschland	5
2.1.1 Das Bankwesen in der Bundesrepublik Deutschland	5
2.1.2 Krisenanfälligkeit und Herausforderungen des deutschen Bankgewerbes	7
2.2 Rolle und Bedeutung der Kreditwirtschaft als Branche	9
2.3 Umsetzungsstand digitaler Verwaltungsangebote	11
3 Theoretische Grundlagen	17
3.1 E-Government: Begriffsdefinitionen und Abgrenzung	17
3.1.1 Speyrer Definition	17
3.1.2 Ansatz des Balanced E-Governments	18
3.1.3 Passauer Definition	19
3.1.4 Abgrenzung und anzuwendendes Verständnis	20

Inhalt

3.2	Digitalisierung und digitale Transformation als Reformaufgabe	20
3.2.1	Digitalisierung und digitale Transformation als Begriffspaar	21
3.2.2	Erscheinungsformen digitaler Verwaltung	24
3.2.2.1	A2C-Verwaltungsleistungen	25
3.2.2.2	A2A-Verwaltungsleistungen	25
3.2.2.3	A2B-Verwaltungsleistungen	26
3.2.2.4	Umsetzungsstufen des E-Governments	26
3.3	Bedeutung von Verwaltungskontakten im Bankwesen	28
3.3.1	Verwaltungskontakte aufsichtsrechtlicher Natur	28
3.3.2	Verwaltungskontakte steuerrechtlicher Natur	31
3.3.3	Verwaltungs- und Rechtspflegekontakte im Tagesgeschäft	32
3.3.4	Zusammenfassung: Verwaltungs- und Rechtspflegekontakte der Banken	35
3.4	Standortattraktivität und Standortfaktoren für unternehmerische Entscheidungen	37
3.4.1	Harte Standortfaktoren im Wandel der Zeit	38
3.4.2	Weiche Standortfaktoren im Wandel der Zeit	41
3.4.3	Branchenspezifische Bedeutung von Standortfaktoren im Bankgewerbe	42
4	Empirische Untersuchung	45
4.1	Hypothesen	45
4.2	Forschungsdesign samt strategischer und methodischer Herangehensweise	47
4.3	Zielgruppe und Stichprobenbildung	49
4.5	Auswertung der Befunde	53
4.5.1	Globale Auswertung der Erhebungsbefunde	53
4.5.1.1	Größenordnungen der befragten Institute	55
4.5.1.2	Angaben zum Institutsalter	56
4.5.1.3	Organisations-/Rechtsformen der Institute	58
4.5.1.4	Angaben zum Tätigkeitsbereich der Teilnehmenden	60
4.5.1.5	Einstellungen zur digitalen Abwickelbarkeit behördlicher Sachverhalte	64
4.5.1.6	Angaben zu möglichen intrainstitutionellen Vorbehalten	66
4.5.1.7	Verwaltungsdigitalisierung als Gegenstand von Standortentscheidungen	68
4.5.1.8	Bewertung der Relevanz digitaler Registerzugriffe	70

Inhalt

4.5.1.9	Bewertung der Relevanz digitaler Gesellschaftsgründungen und damit verbundener Akte	72
4.5.1.10	Bewertung der Relevanz der digitalen Durchführbarkeit weiterer handels- oder gesellschaftsrechtlich relevanter Akte	74
4.5.2	Dezidierte Auswertung in Hinblick auf die Untersuchung der Hypothesen	75
4.5.2.1	Hypothese A.H1	76
4.5.2.2	Hypothese A.H2	76
4.5.2.3	Hypothese B.H1	78
4.5.2.4	Hypothese B.H2	78
4.5.2.5	Zusammenfassende Ergebnisdarstellung der Hypothesentestung	81
4.6	Reflexion der Gütekriterien quantitativer Forschung	81
4.6.1	Reflexion der Gütekriterien für Messinstrumente	82
4.6.2	Reflexion der Gütekriterien für Forschungsdesigns	85
4.7	Interpretation der Befunde	87
4.8	Vergleich der Untersuchungsergebnisse mit vergleichbaren Studien	90
5	Fazit	91
5.1	Zusammenfassende Beantwortung der Forschungsfragen	91
5.2	Darstellung der Forschungsergebnisse in Thesen	92
5.3	Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltungspraxis	93
5.4	Ableitung von Hypothesen für künftige Forschungsvorhaben	94
	Literaturverzeichnis	97